

*Der SPD-Ortsverein und die SPD-Gemeinderatsfraktion
wünschen allen Leserinnen und Lesern eine
frohe Weihnacht und alles Gute im neuen Jahr 2018.*



Das nachts schönbeleuchtete Brenzer Schloss und die spätromanische Galluskirche.

Foto: W. Mähler

Die neue Hauptstraße

Nun ist sie also fertig, unsere neue Hauptstraße, und die Sanierung kann trotz anfänglicher Skepsis unserer Fraktion als durchaus gelungen bezeichnet werden. Durch das Pflanzen der Bäume, den Blumeninseln und das Aufstellen der roten Pflanzkübel hat die Straße einen freundlichen Charakter bekommen. Die Brunnenanlage lädt künftig zum Verweilen ein, ebenso die noch aufzustellenden Ruhebänke.



Die Sanierung der Hauptstraße ist gut gelungen.
Foto: C. Koller

Dank großzügiger Zuschüsse konnte die Brenzer Straße noch zusätzlich saniert werden, so dass wir innerorts eine deutliche Aufwertung unseres Straßennetzes bekommen haben.

Dies könnte sich auch positiv auf die Innenentwicklung auswirken, die m.E. verstärkt betrieben werden sollte. Bei allem Verständnis für den Wunsch nach Erschließung weiterer Baugebiete darf unser Dorfkern nicht ausbluten. Durch das Ausweisen neuer Baugebiete versiegeln wir unwiederbringlich Land, das auch künftigen Generationen verloren geht.

Liabe Sodamer, Brenzer ond Berger Mitbürgerenna ond Mitbürger,

also des isch doch a O'deng! Vor a baar Wocha isch dr Osiander wieder amaol z'Fuaß onderwegs gwea, om dui Baustell an der Brenzer Straoß zu inspiziera. Nao hao i feststella müaßa, dass der stattliche Baum am Schuahg'schäft Moser oifach omg'sägt worra isch. Warum des g'scheha isch, wollt i nao von Gmoidrät wissa. Die konntat mir des aber ao et saga. Scheint's schwätzt ma über so ebbes em Gmoidrat gar et. I verstand's halt et, dass ma dui scheana Linde oifach beseitigt hat. Wenn ma da Wurzelstock a'guckt hat, war der Baum nämlich no recht g'sond. Hoffentlich gibt's bald an Ersatz an dr gleicha Stell!



Ganze zwoi Jaohr lang hant CDU ond CSU nex Wichtigers g'wisst, als sich om a Obergrenz für Flüchtling zom streita, dia sowieso bloß auf am Papier standa dät ond wenn's drauf a'kommt scho wegam Grundrecht auf Asyl gar et ei'ghalta werra ka. Em Osiander wär's viel lieber g'wea, wenn dia endlich amaol an a Obergrenz bei Gehälter von Manager ond DAX-Vorständ oder bei Transfersumma von Profi-Fuaßballer denkt hättat. Ganz wichtig wärat ao Obergrenza bei Rüstungsausgaba ond Waffa-Export. Ond a Obergrenz für Raser auf osre Autobahna oder oina für explodierende Mieta en viele Großstädt wär sicher ao et schlecht.

A regelrechts Trauerspiel, des viel Zeit ond Geld kostat hat, warat dia wochalange Jamaika-Verhandlonga en Berlin. Dr Kanzlere isch's et g'longa a „Schwampel“, sprich a schwarza Ampelkoalitie, na zom kriaga, weil d'FDP aus o'erfindliche Gründ et bereit war Verantwortong zu übernemma. Jetzt soll d'SPD wieder amaol da Lückabüaßer spiela, damit d'Merkel weiter regiera ka.

Wia bei dera G'schicht dia Konservative ond viele Media d'Sozialdemokrata behandlat, isch zemlich o'grecht ond alles andre als fair, fendat dr alt

Osiander

Grün-Schwarz lässt die Kommunen im Stich



Selten in der Geschichte unseres Landes konnte eine Regierung unter solch günstigen Voraussetzungen einen Haushalt aufstellen. Die Einnahmen regnen förmlich durchs Dach hinein und ein Rekordüberschuss löst den nächsten ab. Das führt dazu, dass im nächsten Doppelhaushalt 3,4 Milliarden Euro auf die Seite gelegt werden können. Nach aktuellen Steuerschätzungen kommen nochmals ca. 1,6 Milliarden Euro an Steuermehreinnahmen hinzu. Und diese günstige Ausgangssituation ist keineswegs der jetzigen Landesregierung gutzuschreiben, sondern beruht vielmehr auf der Leistung unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Tag für Tag durch ihre Arbeit und ihre Steuern den Wohlstand im Land mehren. Seit gut einem halben Jahr ist die neue Landesregierung im Amt. Viel geschehen ist bisher nicht, und damit entspricht die Arbeit der Landesregierung voll und ganz dem Koalitionsvertrag, der außer vielen leeren Phrasen kaum etwas Konkretes enthält. Die soziale Frage scheint bei Grün-Schwarz überhaupt keine Rolle zu spielen.

Vertrauen in Landesregierung schwindet

Zum fünften Mal in Folge kann Baden-Württemberg einen Haushalt ohne neue Schulden vorlegen. Das ist nur deshalb möglich, weil die vorherige Landesregierung unter unserem Finanzminister Nils Schmid durch wirkliche Einsparmaßnahmen die strukturelle Überschuldung beseitigt und dadurch eine tatsächliche Konsolidierung des Haushalts erreicht hat. Anstatt diese günstige Ausgangslage zu nutzen und endlich politischen Gestaltungswillen zum Wohl der Menschen erkennen zu lassen, setzt die Landesregierung ihren kommunalfeindlichen Kurs weiter fort.

Schon mit der ersten Amtshandlung, nämlich der Erhöhung des Vorwegabzugs im kommunalen Finanzausgleich um 321 Millionen Euro im Jahr 2017, hat Grün-Schwarz die Städte und Gemeinden geschöpft. Diese verlieren dadurch jedes Jahr richtig viel Geld - und das, nachdem das SPD-geführte Finanzministerium in den Jahren zuvor für eine maßgebliche finanzielle Entlastung der Kommunen gesorgt hatte. Zurecht haben die Gemeinden das Vertrauen in die Landesregierung verloren. Diese Politik zeugt nicht von der nötigen Wertschätzung für die Arbeit der Kommunen und Landkreise.

Kommunen müssen unterstützt werden

Es ist ein schwerer Fehler, dass der Haushaltsentwurf 2018/2019 ohne das Ergebnis der Gemeinsamen Finanzkommission eingebracht wurde. Den Vorschlag der kommunalen Landesverbände zu einer Einigung hat Grünen-Finanzministerin Sitzmann nicht berücksichtigt. Sie hat den Dialog mit den Kommunen aufgekündigt. Die Präsidenten von Gemeindetag, Städtetag und Landkreistag kritisieren, dass die kommunalen Aspekte keinen Eingang in den Entwurf des Doppelhaushalts gefunden haben. Grün-Schwarz verkennt nicht nur die besondere Bedeutung der Kommunen in der staatlichen Organisation unseres Bundeslandes, sondern verletzt unsere Verfassung. Nach Artikel 73 Absatz 1 der Landesverfassung hat die Landesregierung dafür Sorge zu tragen, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Aufgaben erfüllen können. Das bedeutet vor allem, sie auch entsprechend finanziell auszustatten.

Ich halte es für blanken Hohn, wenn die Finanzministerin in ihrer Haushaltsrede davon spricht, „dass starke

Kommunen unverzichtbar für ein starkes Baden-Württemberg“ seien, aber keine Silbe darüber verliert, wie die Kommunen die stetig wachsenden Aufgaben bewältigen sollen. Sicher profitieren auch die Städte und Gemeinden von der guten Wirtschaftslage und verzeichnen derzeit hohe Einnahmen, aber sie haben auch stark steigende Ausgaben. Betreuungsplätze in Kitas und Schulen müssen ausgebaut, die Verkehrsinfrastruktur - vor allem der ÖPNV - verbessert, die Versorgung älterer und kranker Mitmenschen gewährleistet, ausreichend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung gestellt und die Integration von Flüchtlingen und Arbeitsmigranten aus der EU durchgeführt werden. Allein bei den Schulen schätzt der Städtetag den Sanierungsbedarf auf mindestens drei Milliarden Euro. Die von der Landesregierung im Kommunalen Sanierungsfonds bereitgestellten 108 Millionen Euro für 2018 und 126 Millionen Euro für 2019 reichen dafür bei Weitem nicht.

Grün-Schwarz hat die Kommunen im Land zu Bittstellern degradiert. Von einem partnerschaftlichen Miteinander, wie wir es während unserer Regierungsbeteiligung praktiziert haben, ist nichts übrig geblieben. Es ist eben doch ein Unterschied, ob die Kommunalpartei SPD regiert oder nicht. Im Bund haben wir ein 5-Milliarden-Entlastungspaket durchgesetzt, von dem die Kommunen in Baden-Württemberg ab 2018 mit über 600 Millionen Euro jährlich profitieren werden.

Die SPD-Fraktion im Landtag fordert, mehr Mittel für kommunale Investitionen zur Verfügung zu stellen. Das ist aufgrund des Jahresüberschusses 2017, der wahrscheinlich erneut Rekorde bricht, problemlos finanzierbar. Drei Viertel aller öffentlichen Investitionen in Baden-Württemberg müssen die Kommunen selbst tätigen, nur ein Viertel kommt vom Land. Deswegen wäre ein umfassendes Investitionsprogramm für die Kommunen die einzig richtige Antwort auf die großen Herausforderungen, vor denen unsere Städte und Gemeinden stehen.

Von Gemeinderätin Anja Kutschera

Sitzung vom 18.7.2017

Im Rahmen der Erschließung des Brenzer Baugebietes Oberer Bogen Abschnitt II beschließt der Gemeinderat die Vergabe der Bauleistungen an die Fa. Noller, Niederstotzingen, zu einem Bruttoangebotspreis von 464.684,98 €. Darüber hinaus wird beschlossen, die neue Erschließungsstraße „Grävenitz-Straße“ zu benennen.

Der Gemeinderat beschließt, auf dem Sontheimer Friedhof im Eingangsbereich Gartenstraße ein Baumgrabfeld für Urnenbestattungen einzurichten, in dessen Mitte eine Buche gepflanzt werden soll. Für die Ablage von Grabschmuck wird ein zentraler Quaderstein aufgestellt.

Der Gemeinderat beschließt die Ersatzbeschaffung eines Kompaktfahrzeugs für den Bauhof durch Kauf eines Mehrzweckgeräteträgers.

Vom Gremium wird beschlossen, die Bauarbeiten für die Sanierung der L1170 und des Kreuzungsbereichs Niederstotzinger Straße/Hauptstraße, die Sanierung des Finkenwegs und die Asphaltdeckschicht am Anschluss Weiherbraike/Straße am Meilenstein an die Fa. Leonhard Weiss aus Günzburg zu vergeben, zu einem Bruttoangebotspreis von 919.280,99 €. Für die ersten beiden Maßnahmen werden vom Land und vom Kreis insgesamt 349.658,70 € übernommen.

Sitzung vom 27.7.2017 (außerordentlich)

Die geplante Außensanierung (energetische Sanierung) des ehemaligen Hauptschulgebäudes soll 1,3 Mio. € kosten. Dafür wurde eine Fördersumme von 800.000 € bewilligt. Die Sanierung soll 2018 in zwei Bauphasen erfolgen und im September abgeschlossen sein.

Sitzung vom 26.9.2017

Dem Ausscheiden von Gemeinderätin Claudia Eckelt aus dem Gemeinderat zum 31.12.2017, aus persönlichen Gründen, wird vom Gremium zugestimmt.

Mit einer Gegenstimme beschließt der Gemeinderat die Einführung von Richtlinien zur Bauplatzvergabe sowie eines entsprechenden Antragsformulars. Diese sind auf der Homepage der Gemeinde veröffentlicht.

Für die Erschließung des Sontheimer Baugebietes „Riegele“ Abschnitt II stimmt der Gemeinderat zu, im Haushalt 2018 Mittel für die Aufstellung des Bebauungsplanes einzustellen.

Für die Erschließung des Bergenweiler Baugebietes „Watzelsdorfer Straße“ Abschnitt II wird beschlossen, die nötigen Mittel für die Umsetzung des östlichen Teils (6 Bauplätze) im Haushalt 2018 einzuplanen sowie die Planungsleistungen an das Ingenieurbüro Gansloser aus Hermaringen zu vergeben.

Aufgrund der Eigenkontrollverordnung ist die Gemeinde Sontheim verpflichtet, jährlich 110.000 € für die Sanierung des Kanalisationssystems aufzuwenden. Nach erfolgter Kanalbefahrung sollen 2017 die defekten Schmutz- und Niederschlagswasserkanäle im Brenzer Eschenweg erneuert werden.

Sitzung vom 12.10.2017 (außerordentlich)

In geheimer Abstimmung stimmt der Gemeinderat zu, die offene Jugendarbeit der Chrischona-Gemeinde (Projekt „Lighthouse“) stets widerruflich mit einem Betrag von max. 4.000 €/Jahr zu fördern.

Da in der Gemeinde der Bedarf an Kindergartenplätzen im „Ü 3-Bereich“ in der Gemeinde steigt, werden im Gremium verschiedene Möglichkeiten der Schaffung von weiteren Betreuungsplätzen diskutiert: Ausbau OG Franziskuskindergarten, Waldkindergarten im Bereich des früheren Festplatzes „Am Stockhau“, Graues Schulhaus (früherer Georgskindergarten, momentan Schülercafé). Im Gremium wird keine Entscheidung für eine der drei Alternativen getroffen, jedoch wird zugestimmt, im Haushaltsplan 2018 Mittel in Höhe von 360.000 € zu veranschlagen.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Kapellenfeld II“ für den Bereich zwischen der Kapellenfeldstraße, der Steigstraße und dem Häuleweg in Bergenweiler wird beschlossen.

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen zum 1.1.2019 einzuführen (Umstellung von Kameralistik auf Doppik). Für externe Aufwendungen im Zusammenhang mit der Umstellung wird ein Budget von 143.900 € veranschlagt.

Sitzung vom 24.10.2017

Wolfgang Fahrian von der Telekom Deutschland GmbH stellt dem Gemeinderat den für 2018 geplanten Breitbandausbau in der Gemeinde vor. Der Gemeinderat begrüßt das Vorhaben, für das der Gemeinde keinerlei Kosten entstehen. Der Gemeinderat stimmt dem Vorschlag zu, die Straßenbeleuchtung im Wohnbaugebiet Weiherbraike noch im Jahr 2017 durch die Fa. Noller herstellen zu lassen.

Kurz und knapp



aus dem Gemeinderat

Liebe Sontheimerinnen und liebe Sontheimer,



es freut mich, dass ich erneut die Gelegenheit habe, mich übers „andre Blättle“ an Sie zu wenden. Der Wahlkampf liegt hinter uns. Für die SPD und auch für das Land ist die Bundestagswahl im September leider nicht gut ausgegangen. Dafür sind die Rechtspopulisten schlicht zu stark geworden.

Aber dankbar und hoffnungsfroh stimmen mich die Erlebnisse in meinem Wahlkreis und bei Ihnen.

Von Herzen danke ich allen, die mich unterstützt und gewählt haben. Für Sontheim/Brenz, für meinen ganzen Wahlkreis und für den Bund verspreche ich, mich mit all meinen beruflichen Erfahrungen einzusetzen. Als Frau stehen mir die spezifischen Probleme in einer männerdominierten Gesellschaft vor Augen. Auch hier will ich in Berlin meine Stimme erheben.

Nachdem nun in Berlin die Jamaika-Sondierungen gescheitert sind, haben wir zwar eine schwierige, aber keine dramatische Situation. Die geschäftsführende Regierung ist im Amt und macht ihre Arbeit. Sollen wir in eine weitere Große Koalition gehen? Die Gemeinsamkeiten mit der CDU sind in zwei Legislaturperioden schlichtweg aufgebraucht. Es gibt keine Perspektiven für eine Bürgerversicherung, für eine bessere Rentenpolitik oder ein soziales Europa. Aber wir als SPD stehen für Sozialpolitik. Unser Alleinstellungsmerkmal sind die Kernfragen Arbeit und Soziales, die viele Menschen im Alltag bewegen. Die Jamaika-Sondierungen, so ist uns allen in den letzten Wochen klar geworden, waren sozialpolitisch eine Nullnummer.

Europa wird weiterhin ein heißes Eisen bleiben, gerade wegen des Rechtsrucks in unserer Gesellschaft. Die Rechten möchten kein weltoffenes Europa, sondern ein Europa der Profiteure. Sie wollen möglichst viel für das eigene Land herausholen, möglichst wenig für die anderen tun und keinen hereinlassen. War dies das Erfolgsrezept der Gründer der europäischen Gemeinschaft? Wohl kaum! Sie sahen vielmehr im staatlichen Egoismus die entscheidenden Voraussetzungen für zwei verheerende Weltkriege, die nicht zuletzt von Deutschland aus ihren Anfang nahmen. Für mich gilt und galt der Satz: Nie wieder!

Wir dürfen den Rechtspopulisten und Neonazis nicht das Feld überlassen: Sie erklären die Welt durch persönliche Angriffe auf Schwache und Schwächere. Sie deuten soziale Probleme unseres Landes in kulturelle Probleme um, die von Ausländern verursacht wurden.

Dass die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden, dass man viel zu oft von seiner Arbeit nicht leben, geschweige denn eine ausreichende Rente erarbeiten kann, ja, dass man den Eindruck hat: Wenn

es vielen Menschen gut geht, dann geht es doch allen gut, und mehr darf nicht gesagt werden... Das alles hat doch nichts mit einzelnen Personen oder mit Menschen aus dem Ausland zu tun. Das hat zu tun mit einer egoistischen Gesellschaft, in der Solidarität und soziale Gerechtigkeit zu kurz kommen. Das alles sind hausgemachte Probleme unserer Gesellschaft.

Europaweit ist es nicht gelungen, in Fragen von Flucht und Migration mit einer Stimme zu sprechen, überall die Geflüchteten gut zu versorgen und bürokratische Verwirrung zu vermeiden. Hier gilt es, Ordnung zu schaffen. Sehr wohl aber bin ich erleichtert, dass wir Deutschen dazu beitragen, das Leid von Flüchtenden zu mindern und insbesondere denen zu helfen, die sonst wie so schrecklich viele im Mittelmeer ertrunken wären.

Übrigens verneinen in Deutschland die meisten der unter 24-Jährigen, dass Ausländer ihre Berufschancen schwächen oder sie gar verhindern. Solche Informationen gilt es bekanntzumachen. Sie sind ein Zeichen dafür, dass rechte Hetze bei der Mehrheit eben nicht greift.

Mein Ziel in Berlin ist es, unsere Gesellschaft sozial gerechter zu gestalten. Vor allem in den Fragen (wie etwa bei der Digitalisierung), in denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor neuen Herausforderungen stehen.

An die Begegnungen mit Sontheimer Bürgerinnen und Bürgern im Wahlkampf erinnere ich mich sehr gerne. Soweit es zeitlich möglich ist, will ich Ihnen gerne persönlich berichten, was in Berlin los ist.

Eine solidarische Gesellschaft braucht die Mitwirkung aller und wird so eine erfolgreiche Gesellschaft. Ich bitte Sie daher weiterhin, die politischen Entwicklungen mit Interesse zu verfolgen und sich einzusetzen. Gemeinsam für unser Land, für ein soziales Europa und für menschliche Solidarität.

Ihre Bundestagsabgeordnete Leni Breymaier

Kommen Sie gerne beispielsweise über mein Wahlkreisbüro auf mich zu:
Beim Hecht 1 in 73430 Aalen
(telefonisch 07361-5588093 oder
digital: leni.breymaier@bundestag.de).

Zum Ende des Jahres wird der Block B des Atomkraftwerks in Gundremmingen endlich abgeschaltet

Vor mehr als 41 Jahren, am 19. Juli 1976, wurde mit dem Bau der Blöcke B und C des Atomkraftwerks in Gundremmingen begonnen. Das war etwa ein Jahr bevor der erste Reaktorblock A bei einem Störfall am 13. Januar 1977 beschädigt wurde und stillgelegt werden musste.

Seit der Inbetriebnahme des Blocks B im Jahr 1984 wurden in diesem Reaktor rund 450 Tonnen Kernbrennstoff „verbraucht“ und radioaktiver Müll erzeugt, der für tausende von Jahren weiter strahlen wird. Dieser Müll liegt nun zum großen Teil als tickende Zeitbombe im so genannten Zwischenlager und wartet darauf, irgendwann mal in ein Endlager gebracht zu werden, das es aber gar nicht gibt, bzw. nach dem noch gesucht wird.



Block B (links) wird zum 1.1.2018 abgeschaltet.

Foto: R. Fussenecker

Neben dem eigentlichen Zweck der Anlage, nämlich Strom zu erzeugen, traten leider auch eine Vielzahl von Störfällen auf.

So wurde beispielsweise im Jahr 2007 die Aufsichtsbehörde über fünf meldepflichtige Vorfälle beim Block B informiert. Nach Ausführungen der Kraftwerksbetreiber waren diese allesamt „unbedenklich“, da die an die

Umwelt abgegebene Menge an Radioaktivität unter den Grenzwerten gelegen haben soll. Ob die Grenzwerte sicherstellen, dass keine Schäden für Mensch und Natur entstehen, ist eine andere Frage. Außerdem bedeutet das aber, dass die Umgebung des Reaktors, und damit auch Sontheim, mit radioaktiver Strahlung belastet wurde.

Leider waren das keine Einzelfälle. Die Liste der Störfälle ist weitaus länger. So gab es allein im August und September 2013 weitere Vorfälle. Bei einem trat Kühlwasser aus dem Druckbehälter aus, beim anderen gab es einen Defekt an Brennelementen, was zum Abschalten des Reaktors führte.

Nun wird zum Ende dieses Jahres endlich der Block B in Gundremmingen für immer abgeschaltet. Damit wird die Belastung der Umgebung zumindest von einem der beiden Reaktoren enden. Dadurch wird es auch für Sontheim ein Stück weniger Strahlenbelastung und auch weniger Risiko von Störfällen geben als bisher. Leider läuft der letzte Block C noch weiter. Der wird erst am 31.12.2021 endgültig abgeschaltet.

Und wir werden alle erleben, dass es auch nach der Abschaltung nicht dunkel wird bei uns. Die Versorgung mit Strom wird dadurch nicht abreißen, und die Lichter werden weiter brennen – mit Strom, der endlich in zunehmendem Maße aus erneuerbaren Energiequellen erzeugt wird.

Freuen wir uns also auf einen weiteren Schritt in eine vernünftigeren und verantwortungsvollere Energieversorgung, die durch die fehlende Dampfwolke über dem einen der beiden Kühltürme ab 1.1.2018 in Sontheim sichtbar sein wird.



Straßenschäden an der Schillerstraße

Vor mehr als 30 Jahren wurde die Schillerstraße in Sontheim gebaut. Eine schöne und breite Straße, die das Baugebiet Au erschlossen hat. Um eine angenehme Wohngegend entstehen zu lassen, wurden an beiden Straßenseiten Bäume gepflanzt, die über die Jahre auch sehr gut gewachsen sind.

Keine Frage, die Schillerstraße ist wirklich gelungen und eine Zierde für Sontheim.

Nun sind aber durch die Wurzeln der Bäume deutliche Schäden an den Gehwegen entstanden, die mittlerweile zu richtigen Stolperfallen geworden sind.

Hier sind zwingend Reparaturen durchzuführen, weil besonders in den Wintermonaten durch die frühe Dunkelheit und die dadurch beeinträchtigte Sicht die Gefahr besteht, dass man stolpert. Am neuen Pflegeheim sind nun erste Arbeiten bereits im Gange – leider sind auch noch an anderen Stellen der Schillerstraße größere Gefahrenstellen, die ebenfalls beseitigt werden müssen.



Große Risse im Gehweg als Stolperfalle.

Foto: R. Fussenecker



Vernichtendes Expertenurteil

Der bekannte Politikberater Michael Spreng hat sich während der Sondierungsgespräche der „Jamaika“-Parteien in Interviews insbesondere zum Zustand von CDU und CSU geäußert. Spreng, der schon als langjähriger Berater des Exkanzlers Helmut Kohl und dessen Partei tätig war, gilt als profunder Kenner der beiden Unionsparteien.

Der Politikexperte stellte fest, dass von den Parteien einer möglichen schwarz-gelb-grünen Koalition nur die Grünen und die FDP zukunftsfähig seien. CDU und CSU dagegen würden zu viel Energie für eigene Probleme verbrauchen, und die geschwächte Kanzlerin sei ein „Auslaufmodell“.

Die CSU präsentiere sich als rückwärtsgewandte Partei, die sich hauptsächlich mit dem Flüchtlingsjahr 2015 beschäftigt habe. CSU-Minister Dobrindt habe das

wichtige Thema Digitalisierung, für das er vor allem zuständig gewesen sei, total verschlafen und sich lieber ständig mit der fragwürdigen Maut beschäftigt. Die ganze CSU sei komplett verunsichert und ausschließlich auf sich selbst konzentriert.

Nicht viel besser beurteilt Spreng die Lage der CDU, die bei der Bundestagswahl für ihr „Weiter so“ abgestraft worden sei. Der Unmut in großen Teilen der Partei werde jedoch momentan noch von der starken Persönlichkeit der Kanzlerin unterdrückt. Doch da diese in ihrer letzten Amtszeit zwangsläufig ein „Auslaufmodell“ sei, werde die Debatte über ihre Nachfolge die CDU in nächster Zeit mehr beschäftigen als Sachprobleme, die dringend gelöst werden sollten. Die gestalterische Kraft der Union werde somit in der neuen Legislaturperiode nur sehr gering sein, meint der Politikexperte.



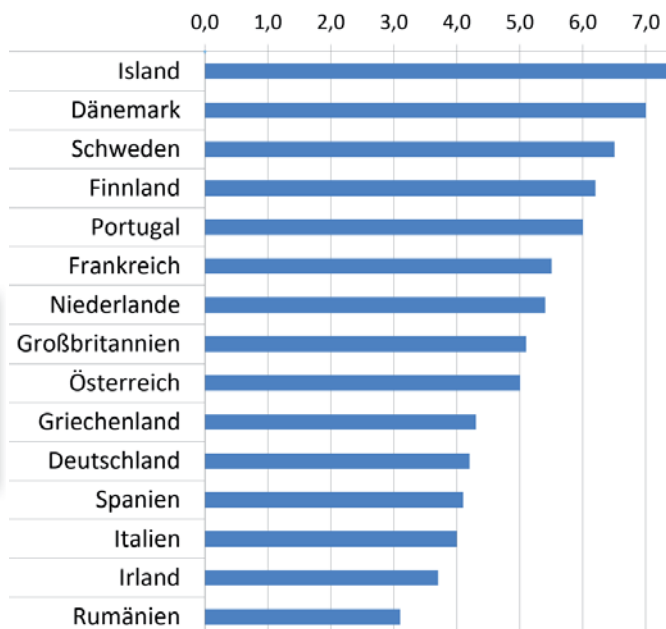
Zu wenig Mittel für Bildung gefährden unseren Wohlstand in Deutschland



Unser Deutschland ist bekanntlich ein rohstoffarmes Land. Trotzdem ist es wirtschaftlich sehr erfolgreich, was sich u.a. an den alljährlich hohen Exportüberschüssen zeigt. Diese sind jedoch nur möglich, wenn deutsche Produkte qualitativ hochwertig oder so innovativ sind, dass sie von anderen Staaten gar nicht oder noch nicht hergestellt werden können. Auf dem Wissen und Können unserer Landsleute beruht also letztlich unser Wohlstand. Um aber die führende Stellung Deutschlands auch zukünftig halten zu können, brauchen wir möglichst viele gut ausgebildete Menschen. Doch um dies zu erreichen, muss unser Staat natürlich viel ins Bildungswesen investieren.

verantwortlichen Politiker, dass Mittel für eine möglichst gute Bildung wichtiger und zukunftsträchtiger sind als beispielsweise Rüstungsausgaben.

Ausgaben für Bildung in Prozent des BIP



„Gute Bildung ist natürlich teuer – aber noch teurer kommt uns auf lange Sicht fehlende oder mangelnde Bildung.“
W.Häfele

Leider hat Deutschland jedoch auf diesem Gebiet in letzter Zeit deutliche Versäumnisse aufzuweisen. Die Aufwendungen für Bildung liegen bei uns nämlich unter dem EU-Durchschnitt, wie die nebenstehende Grafik zeigt. Während 18 von 28 EU-Staaten im Jahr 2015 mindestens 5% oder mehr ihres Brutto-Inlandproduktes (BIP) für Bildung aufgewandt haben, waren es bei uns nur 4,2%. Der EU-Durchschnitt lag dagegen bei 4,9% des BIP. Führend in der EU waren Dänemark, Schweden, Belgien und Finnland. Aber auch Portugal, Frankreich, Holland, Großbritannien, Österreich und sogar Griechenland gaben im Vergleich zu Deutschland mehr für Bildung aus. Hier hat unser Land also einen klaren Nachholbedarf. Hoffentlich erkennen die

IN DIE SPD, JETZT ERST RECHT.

FÜR WELTOFFENHEIT GEGEN ENGSTIRNIGKEIT.

DAFÜR TRETE ICH EIN

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verleiht an Erwin Resch die „Willy-Brandt-Medaille“



Die Medaille, benannt nach dem Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt, ist die höchste Auszeichnung, die die Partei an ihre Mitglieder vergibt.

Erwin Resch erhält sie für seine langjährige Tätigkeit als Gemeinderat, für über 20 Jahre als Vorsitzender des Ortsvereins Sontheim-Brenz sowie seinen stets großen Einsatz bei Wahlkämpfen.

Die SPD bedankt sich bei Erwin Resch herzlich für die geleistete Arbeit und seine Solidarität mit der ältesten demokratischen Partei Deutschlands.



Foto: W. Mähler



Von Gemeinderat Reiner Lindenmayer

Hauptschulgebäude soll gründlich saniert werden



Bereits zum Jahreswechsel 2016/17 fand im Gemeinderat eine rege Diskussion darüber statt, ob in den Jahren 2017 und 2018 mit der Sanierung des ehemaligen Hauptschulgebäudes begonnen werden soll.

Im Hinblick auf unsere desolante Haushaltslage und nachdem die Hauptstraße und die Niederstotzinger-/Brenzer Straße noch nicht fertiggestellt und abgerechnet waren, vertrat die SPD-Fraktion die Auffassung, diese Maßnahme erst nach der Abrechnung der Ortsdurchfahrten zu beginnen und damit den jeweiligen Haushalt zu entlasten.

Die energetische Sanierung an sich war hierbei unbestritten und wird auch von unserer Fraktion voll umfänglich getragen. Es ging einfach darum, wann mit einer weiteren derart großen Maßnahme begonnen werden soll.

In der Zwischenzeit kamen auch von Seiten unseres Kämmers mahnende Worte, da in den nächsten Jahren abzusehen ist, dass die

Gemeinde Sontheim die Tilgung ihrer Kreditraten nicht mehr erwirtschaften kann.

Nachdem dann doch mehrheitlich beschlossen worden war, die Maßnahme im Jahr 2017 auszuschreiben und im Jahr 2018 umzusetzen, wurden in der Gemeinderatssitzung im November die ersten Gewerke vergeben.

Dazu gehören:

Sanierung des Fundaments	99.977,85 Euro
Gerüstbau	24.060,61 Euro
Metallfassadenarbeiten	342.659,54 Euro
Fensterbauarbeiten	243.802,11 Euro
Fassadenkonstruktion Süd	140.502,11 Euro
Sonnenschutz	23.680,35 Euro

Die Bauarbeiten werden dann im kommenden Jahr und in Absprache mit der Schulleitung durchgeführt.

Klinikum des Landkreises in kommunaler Trägerschaft behalten



Für die SPD-Kreistagsfraktion nahm Fraktionsvorsitzender Clemens Stahl in der Generalausprache zum Haushaltsplanentwurf 2018 zum Thema Klinikum Heidenheim u.a. wie folgt Stellung:

Das Klinikum Heidenheim schreibt seit vier Jahren aus verschiedenen Gründen negative Zahlen, und das angefallene Defizit beläuft sich bis heute auf über 10 Mio. €. Hinzu kommen markante unterbliebene Investitionen in Millionenhöhe in die bauliche und technische Substanz des Klinikums.

Galt bisher im politischen Umfeld die Devise „Wir geben als Gesellschafter nichts für das Klinikum“, hat sich mit dem Wechsel in der Geschäftsleitung und dem Einkauf einer externen Beratergesellschaft ein Sinneswandel vollzogen.

Dem Klinikum sollen nun rund 28,2 Mio. € an Fördermitteln des Landkreises als Träger der Einrichtung bis zum Jahr 2021 zur Verfügung gestellt werden. Damit soll im Wesentlichen der nächste Bauabschnitt finanziert werden. Für die Aufarbeitung unterlassener Sanierungsarbeiten stellt der Landkreis dem Klinikum nochmals 5 Mio. € für die Jahre 2017 und 2018 zur Verfügung.

Diese vom Kreistag zu treffende Entscheidung ist ein klares Signal gegen jede „Privatisierungsidee“. Sie ist aber auch ein Zeichen an die Mitarbeiterschaft und die Ärzteschaft dieser wichtigen lokalen Einrichtung der Daseinsvorsorge, dass wir unserer Verantwortung gegenüber dem finanziell angeschlagenen Haus gerecht werden und wir das Klinikum und seine Belegschaft nicht im Regen stehen lassen.

Zu betonen ist, dass diese finanzielle Unterstützung der Kliniken durch den Träger Landkreis eine ganz gewaltige Anstrengung darstellt, welche uns in den Kommunen und damit letztlich die Bürger nachhaltig belasten wird. Wir sollten daher auch unseren Bürgerinnen und Bürgern sowie den Gemeinderäten vor Ort klar sagen, dass in der öffentlichen Finanzordnung eigentlich nur der Bund und die Länder für die Krankenhausfinanzierung zuständig sind, nicht aber die Kommunen. Insofern springen wir als kommunaler Träger wieder einmal mehr als Lückenbüßer ein und korrigieren im Interesse unserer Bürgerschaft falsche politische Weichenstellungen in Berlin und Stuttgart.

Für den normal denkenden Menschen ist es übrigens nicht nachvollziehbar, aus welchen Gründen die Krankenkassen als Verhandlungspartner bei den Budgetverhandlungen unseren Kliniken nicht die Kostenerstattungen gewähren, die sie benötigen, um im Interesse der Patienten gute Leistungen zu erbringen, das Personal ordentlich zu bezahlen und Qualität zu sichern. Wir meinen, da ist einiges in der Finanzierung im Gesundheitswesen in Schieflage und durchaus als ungerecht zu bezeichnen. Doch diese Erkenntnisse helfen uns ja nicht weiter und wir sind in der Causa Klinikum Heidenheim dazu verdammt, uns selbst zu helfen, weil uns halt sonst keiner hilft.

Wir begrüßen, dass die neue Geschäftsleitung im Klinikum in einem Sanierungsprogramm Maßnahmen aufgezeigt hat, um das Betriebsergebnis nachhaltig zu verbessern. Wir wissen jetzt, wo wir anpacken müssen und dass strukturelle Veränderungen dringend notwendig sind. Gut finden wir, dass man dabei ohne Kündigungen auskommt.



Klinikum erhält nun Fördermittel aus dem Kreishaushalt.
Foto: www.kliniken-heidenheim.de

Aus diesem Grund tragen wir auch diesen schwierigen Anpassungsprozess mit, bestehen aber darauf, dass die Qualität der Pflege und das Angebot der ärztlichen Leistungen durch diesen Anpassungsprozess nicht beeinträchtigt werden und dass durch strukturelle Veränderungen, z.B. der Gründung von Tochterunternehmen, die Kontrolle und die Aufsicht durch den Aufsichtsrat nicht geschmälert wird.

Dass wir die schwere Aufgabe der Krankenhausfinanzierung überhaupt stemmen können, liegt darin begründet, dass wir diese über die Kreisumlage finanzieren. Das geht auch nicht anders, denn der Landkreis verfügt über keine eigenen nennenswerten Einnahmequellen und verwertbares Vermögen besitzt er auch nicht. Wir hoffen daher sehr, dass der gestaffelte Erhöhungsvorschlag zur Kreisumlage im Haushaltsplan 2018 eine breite Zustimmung erfährt.

Den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten in den Städten und Gemeinden im Landkreis sei bereits jetzt Dank gesagt, dass sie diese Sonderumlage in den kommunalen Haushalten zur Verfügung stellen und damit helfen, für eine gute und stabile Zukunft der Gesundheitsversorgung im Landkreis zu sorgen.

Und vergessen wir bitte bei allem nicht: Das Klinikum Heidenheim ist das Klinikum aller Bürgerinnen und Bürger in diesem Landkreis. Auch dies sollten wir immer wieder betonen. Wer kommunalpolitisch hier ausscheren will, muss das dann auch gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern vertreten.

Die SPD-Kreistagsfraktion wird auf jeden Fall den vorgeschlagenen Finanzierungsweg mitgehen.

Weihnachtsgedanken

„Friede auf Erden“ – diese Verheißung aus der Weihnachtsgeschichte wird uns alljährlich wieder zugesprochen, und wir wünschen uns diesen Frieden für jedes neue Jahr. Es gibt wohl keinen größeren Wunsch der Menschheit. Obwohl sich also sicher die Mehrheit darüber einig ist, dass dieser Zustand unserer aller Ideal ist, sind wir vom Frieden wieder einmal weiter entfernt denn je.

Wenn man, einmal ganz abgesehen von den Schreckensnachrichten aus der ganzen Welt, vom Schließen wichtiger Industriebetriebe im Osten Deutschlands hört, sieht man den sozialen Frieden in unserem Land aufs Höchste gefährdet. Man muss sich schon fragen, was aus dem Denken eines Hanns Voith oder eines Robert Bosch geworden ist. Diese Unternehmer fühlten sich verantwortlich nicht nur für die Aktionäre, sondern auch für ihre Mitarbeiter, und seien sie noch so kleine Rädchen im Getriebe. Fast, aber nur fast, hat man Verständnis für Protestwähler, vor allem in den neuen Bundesländern.

Gerade dieser Protest aber drückt sich leider in einem fragwürdigen Wahlverhalten aus. Dass man es „denen da oben“ mal so richtig zeigen möchte, mag ja noch einleuchten. Aber was ist damit gewonnen, wenn man Parteien wählt, die unsozial, hasserfüllt und überdies untereinander zerstritten sind? So sieht Frieden nicht aus, und aus diesen Parteien wird er niemals kommen! Wie wäre es mit der Alternative, sich selbst zu engagieren und sich zumindest zu bemühen, es besser als „die da oben“ zu machen? Wie schwierig es aber ist, schon für die Wahl eines kleinen Gemeinderatsgremiums genügend Kandidaten zu finden, davon kann jede Fraktion ein Lied singen.

Wir alle dürfen nicht zulassen, dass unsere ethischen Werte weiter unterhöhlt werden und das bisher gute Miteinander, das unser Grundgesetz uns garantieren soll, in Frage gestellt wird. Wenn wir nach Amerika schauen, können wir froh und dankbar über unsere Krankenversicherung sein, und wir können auch glücklich sein, dass die größte Zahl unserer Politiker inzwischen den Umweltschutz nicht mehr nur als Spinnerei betrachtet. Am Beispiel Amerika lässt sich am besten erkennen, wohin ein Wahlverhalten führt, das nur den Protest zum Ziel hat. Grenzenloser Egoismus, der sich ausdrückt in einem „America first“, der andere Menschen und Länder missachtet, ja verachtet, darf niemals um sich greifen.

„Friede auf Erden“ – wenn uns dieser Wunsch zu hoch gegriffen erscheint, so wollen wir ihn doch dort verwirklichen, wo es in unserer Macht steht. Das wäre schon viel!

Margret Mähler

Herzlichen Dank

sagen die Blättlesredaktion und der SPD-Ortsverein allen Spenderinnen und Spendern, die **d's andre blättle** immer wieder finanziell unterstützen. Damit sichern sie den Fortbestand dieser kleinen örtlichen Zeitung und tragen zur demokratischen Meinungsvielfalt in unserer Gemeinde bei.

Spendenkonto: KSK Heidenheim
BIC: SOLADES1HDH
IBAN: DE17 63250030 0001138823

d's andre blättle

Spendenkonto: KSK Heidenheim
BIC: SOLADES1HDH
IBAN: DE17 63250030 0001138823

Verantwortlich: Corina Koller
Günther Neumann
Redaktionsanschrift: Württembergstr. 8
89567 Sontheim
corinafranz@yahoo.de

Herausgeber:
SPD-Ortsverein Sontheim-Brenz
Lange Str. 22
89567 Sontheim

Herstellung:
Layout: Günther Neumann
Druckerei: Benz, Giengen/Brenz
Auflage: 2.200

SPD
www.spd.de